

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Sicherheitslage

Ansätze und Versuche zur
Stabilisierung

Aufbau der Sicherheitskräfte

Bilanz und Ausblick

10 Jahre Krisenmanagement in Afghanistan

Abbildung aufgrund von Copyright-
Bestimmungen entfernt

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Bittere Lehren, karge Ergebnisse

Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe
Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement



Somalia Optionen – Chancen – Stolpersteine

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Somalia reichen von Migration und Piraterie bis zu Staatszerfall und Terrorismus. Dabei ist Somaliland de facto unabhängig, Puntland weitgehend autonom und in Südsomalia herrscht Chaos. Von außen betrachtet sind neben einer sorgfältigen Analyse der Situation kreative Ansätze zur Krisenbewältigung gefragt. Neben der UNO sind besonders die Afrikanische Union, die Regionalorganisation IGAD sowie die Nachbarstaaten, vor allem aber die Somalier selbst gefordert, Lösungen für eine positive Zukunft Somalias zu entwickeln.

In der Reihe
IFK Aktuell



Scheidung auf Sudaneseisch Gegeneinander – Nebeneinander – Miteinander?

Am 9. Juli 2011 trennte sich der Südsudan vom Sudan. Mit der Unabhängigkeit sind jedoch die anstehenden Probleme keineswegs gelöst. Deshalb sollte dieses Datum nicht als Ende einer Entwicklung, sondern als Beginn eines längerfristigen Engagements zur Konfliktbewältigung verstanden werden. Für die Zukunft sind sowohl positive als auch negative Szenarien vorstellbar.

In der
Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Comprehensive Approach Vom strategischen Leitgedanken zur vernetzten Politik

Die Diskussion über einen Comprehensive Approach (CA) als „strategischer Leitgedanke“ hat eine Vielzahl an begrifflichen Interpretationen hervorgerufen. Vor diesem Hintergrund wird im theoretischen Teil dieser Publikation die Rolle des CA im Lichte internationaler Komplexität reflektiert. Im empirischen Teil werden Erfahrungen und Grenzen der Umsetzung des CA am Beispiel Afghanistan dargestellt und das Handeln der Akteure hinsichtlich der Konformität mit dem Leitgedanken eines umfassenden Engagements untersucht.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Titelbilder:

Oben: Afghanischer Junge nimmt an einer religiösen Feier anlässlich des Ende des Fastenmonats Ramadan in der Provinz Helmand teil. (U.S. Marine Corps/Colby Brown)

Unten: Spezialeinsatzkräfte trauern um Kameraden am Flughafen von Tarin Kot in der Provinz Uruzgan (REUTERS/Jo Dilonzo)

10 Jahre Krisenmanagement in Afghanistan

Bittere Lehren, karge Ergebnisse

Nach dem Start der US-geführten Invasion 2001 waren die Taliban rasch gestürzt, die Ausbildungsstätten der Al-Kaida zerschlagen. In der Folge bemühte sich die internationale Staatengemeinschaft in Afghanistan für Sicherheit zu sorgen, den Aufbau eines funktionstüchtigen Staates zu unterstützen und das Ausbreiten von Terrorzentren im Grenzgebiet Afghanistan-Pakistan zu verhindern.

Mitte 2010 hat Afghanistan Vietnam als längsten Kriegseinsatz der USA abgelöst. Während die amerikanischen Truppen in Vietnam 103 Monate eingesetzt waren, jährt sich die Intervention in Afghanistan 2011 bereits zum zehnten Mal. Nach anfänglichen Erfolgen hat sich das Blatt jedoch gewendet und Afghanistan scheint in Korruption, Gewalt und Drogenwirtschaft zu versinken. Die USA und ihre Verbündeten haben ihren Abzug für 2014 angekündigt und wollen bis dahin die Sicherheit weitgehend in afghanische Hände legen.

Der Einsatz der International Security Assistance Force (ISAF) zeigt die Grenzen für externes Engagement, in Bereichen wie Sicherheit, Staatsbildung und sozio-ökonomischer Entwicklung besonders deutlich auf. Afghanistan wurde im Verlauf des Einsatzes zum Experimentierfeld des internationalen Konflikt- und Krisenmanagements (IKKM) – die Bilanz ist ernüchternd. Daher stellt sich nicht nur die Frage, was in diesen zehn Jahren geschehen ist, sondern auch, welche Entwicklung der Truppenabzug mit sich bringen könnte.

Inhalt	Einleitung	Seite 4
	Internationale militärische Akteure	
	10 Jahre internationales Konfliktmanagement	Seite 6
	Sicherheitslage	
	Politische Situation	
	Strategiewechsel der USA: Vom „End-State“ zum „End-Date“	
	Das entwicklungspolitische Umfeld	
	Ansätze und Versuche zur Stabilisierung	Seite 12
	Comprehensive Approach und der Faktor Kohärenz	
	Provincial Reconstruction Teams (PRTs)	
	Der Counterinsurgency-Ansatz (COIN)	
	Friedensgespräche mit Taliban	
	Der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte	
	Ernüchternde Bilanz	Seite 15
	Ausblick	
	Szenarien	

Einleitung

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 wurde schnell klar, dass Osama bin Laden und das von ihm gegründete Al-Kaida-Netzwerk gemeinsam mit dem sie beherbergenden Taliban-Regime verantwortlich zu machen waren. Dass bin Laden damals nicht ausgeliefert wurde, kann als vergebene Chance und ein wesentlicher Grund für die am 7. Oktober begonnene US-geführte Militärintervention Operation Enduring Freedom (OEF) gesehen werden, durch welche die Taliban gestürzt und aus den Ballungsräumen vertrieben wurden.

Die von den Verbündeten in der Folge praktizierte Doppelstrategie der Unterstützung von Stabilisierungsbemühungen durch die ISAF bei gleichzeitiger Bekämpfung militanter oppositioneller Führungskader durch die OEF sorgte für eine schwierige Ausgangslage. Sie erschwert seit nunmehr 10 Jahren eine positive Transformation des Konfliktes. So bewirkt die Doppelstrategie Abstimmungsprobleme, rechtliche Unklarheiten und unterschiedliche Limitierungen von Einsatzmandaten der

■ Strategische Ziele der USA in Afghanistan

- Verwehrung eines sicheren Zufluchtsortes für Al-Kaida
- Verbesserung der Situation der afghanischen Regierung hinsichtlich des Kraft-Raum-Zeit-Kalküls gegenüber den Taliban
- Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte, sodass diese künftig Führungsverantwortung übernehmen können

Die USA sehen für die Umsetzung ihrer Ziele drei Faktoren als kritisch an:

- Ein militärischer Einsatz zur Verbesserung der Sicherheitslage und zur Schaffung von Bedingungen für eine erfolgreiche Übergabe der alleinigen Verantwortung an afghanische Kräfte
- Eine Ergänzung des militärischen Einsatzes durch zivile Kräfte und Kapazitäten
- Eine effektive Partnerschaft mit Pakistan

Quelle: Report to Congress: Report on Progress Toward Security and Stability in Afghanistan, November 2010 (Übersetzung)

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Sprengstoffanschlag auf Präsident Karzai in Kabul im Dezember 2009: Anschläge auf Entscheidungsträger erhöhen die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung.

Truppensteller.

Nach wie vor wirkt dies negativ auf die operativen Belange der ISAF und erschwert ein komplementäres Vorgehen militärischer Akteure. Dazu kommt, dass zu Beginn – im Sinne des Light Footprint-Ansatzes der UNO – so wenig Truppen wie möglich präsent sein sollten, um den Eindruck einer Besatzungsmacht zu vermeiden.

Nach der Einsetzung einer afghanischen Übergangsregierung übernahm die NATO 2003 das Kommando über die ISAF. 2004 wurde Hamid Karzai zum Präsidenten gewählt und 2009 in einer von Korruptionsvorwürfen überschatteten Wahl bestätigt. Der ISAF-Einsatz hatte das Ziel, durch Sicherheitsunterstützung und umfassende (Wieder-)Aufbaubestrebungen einen bestimmten Zustand („End-State“) zu erreichen, brachte aber nicht die gewünschte Entwicklung. Nach einer massiven Truppenaufstockung 2006-2010 in Folge der verschlechterten Sicherheitslage kündigten die USA einen Truppenabzug bis 2014 an, dem die meisten Truppensteller folgen werden. Diese Ankündigung stellte eine Zäsur im bisherigen internationalen Engagement dar, weil nunmehr ein willkürlich gewähltes Datum zur Vorgabe wurde – ähnlich wie im Irak 2009. Damit sind westliche Truppen, zivile Akteure und die afghanische Regierung unter Druck geraten, während sich militante oppositionelle Kräfte (MOK) in einer gestärkten Position sehen. Dazwischen steht die nach wie vor auf eine „Friedensdividende“ wartende und zunehmend desillusionierte afghanische Bevölkerung.

Internationale Militärische Akteure

Operation Enduring Freedom (OEF)

Die US-geführte Operation Enduring Freedom verfolgt in Afghanistan drei Ziele:

1. Die gezielte Jagd nach hochrangigen Taliban und Al-Kaida-Mitgliedern
2. Die Zerschlagung militanter Führungskader und Netzwerke der Taliban, Al-Kaida sowie der Gruppen um Gulbuddin Hekmatyar und Jalaluddin Haqqani
3. Die Bekämpfung der Drogenökonomie, des Banditentums und einzelner Milizenführer.

2011 ist die OEF weltweit neben Afghanistan insbesondere am Horn von Afrika, den Philippinen sowie der erweiterten Sahara-Region aktiv. Darüber hinaus gibt es Anzeichen, dass die OEF im Jemen und in ehemaligen Sowjetrepubliken im Einsatz ist. Die Operation wird von ca. 70 Staaten unterstützt, gesicherte Informationen zur Truppenstärke sind jedoch nur schwer zu erhalten bzw. unterliegen der Geheimhaltung. Dies unterstreicht die zunehmende Bedeutung verdeckter Operationen sowie von Spezialeinsatzkräften und Geheimdiensten, insbesondere beim Einsatz in Afghanistan.

International Security Assistance Force (ISAF)

Die ISAF wurde im Dezember 2001, entsprechend der Petersberger Konferenz („Bonn I“), vom UN-Sicherheitsrat als friedensschaffende Mission (nach Kapitel VII der UN-Charta) ins Leben gerufen. Wie auch aus ihrem Namen „Assistance Force“ ersichtlich, war sie zunächst vor allem zur Unterstützung der afghanischen Regierung gedacht. Ihre Truppenstärke umfasste anfangs weniger als 5.000 Soldaten. Das Mandat bezog sich lediglich auf den Raum Kabul, wo sie für Sicherheit sorgen und den Wiederaufbau unterstützen sollte.

Mit zunehmenden Übergriffen von MOK und der damit einhergehenden Verschlechterung der Sicherheitslage konnte spätestens ab 2006 jedoch an der klein dimensionierten Truppe nicht mehr festgehalten werden. Es erfolgte ein Strategiewechsel zu aktiver Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency / COIN) und einer damit einhergehenden massiven Truppenaufstockung („Surge“) nach Vorbild des US-Engagements im Irak. Anfang 2011 erreichte ISAF mit ca. 150.000 stationierten Soldaten die höchste Truppenstärke, vergleichbar mit der sowjetischen Armeestärke in Afghanistan um 1985. Der graduelle Abzug der ISAF-Truppen wurde Mitte 2011 eingeleitet. Im Dezember 2011 waren ca. 130.000 Soldaten in Afghanistan stationiert.

■ Der umstrittene Status von ISAF – Neutraler Akteur oder kriegführende Partei?

Durch die verstärkte Ausrichtung der ISAF auf COIN (siehe S. 14) wurde ihr Status zunehmend unklar. Es ist fraglich, ob dieser noch als friedensunterstützend („peace support“) oder vielmehr als kriegführend („belligerent“) bezeichnet werden kann. Hier stellt sich die Frage, ob es sich bei der Transformation von ISAF um eine wesentliche Veränderung völkerrechtlicher Natur handelt oder lediglich um die operationelle Weiterentwicklung im Rahmen des existierenden UN-Mandates. Es lässt sich anhand von drei Punkten argumentieren, dass ISAF als kriegführende Partei neben den afghanischen Sicherheitskräften und den Taliban involviert ist und nicht mehr als „neutrale Sicherheitsunterstützungstruppe“ operiert:

1. Die Mehrzahl der Truppensteller von ISAF ist auch Teilnehmer an OEF, die von Beginn an (quasi als Kriegspartei) den Kampf gegen die Taliban und den internationalen Terrorismus aufgenommen hat.
2. ISAF und OEF kooperieren intensiv und stehen in Afghanistan sogar unter einem gemeinsamen US-Kommando. Eine strikte Unterscheidung ist in der Praxis kaum möglich.
3. Al-Kaida wurde – im Gegensatz zur Taliban-Bewegung – bereits vor der Etablierung von ISAF als terroristische Organisation eingestuft. Al-Kaida-Mitglieder haben Kombattantenstatus, gelten als kriegführend und werden als solche von OEF bekämpft.

Quelle: Constantine D. Mortopoulos: Could ISAF be a Peace Support Operation? In: Journal of Conflict & Security Law (2010), Vol. 15

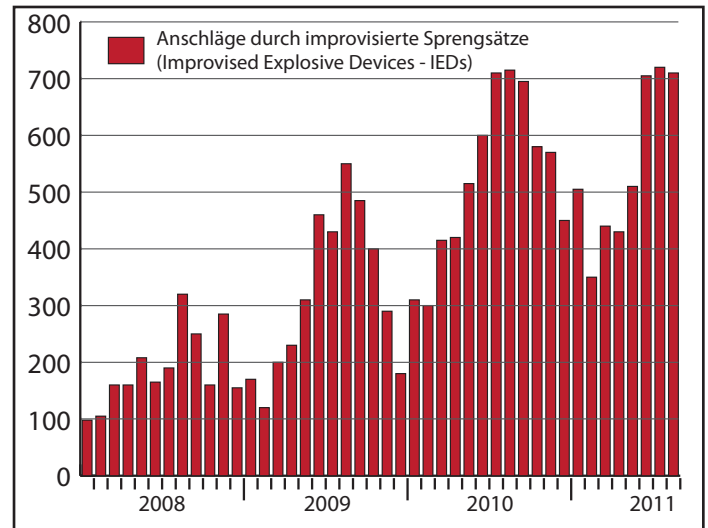
10 Jahre internationales Konfliktmanagement

Aus der raschen Reaktion nach den Anschlägen vom 11. September wurde ein mittlerweile zehnjähriger Einsatz. Allein die USA gaben laut Berechnungen der „Washington Post“ bisher rund 600 Mrd. Dollar (440 Mrd. Euro) in Afghanistan aus. Ein „Scheitern“ z. B. nach einem möglicherweise zu schnellen Rückzug, würde nicht nur ein Scheitern der NATO bedeuten, sondern die Sinnhaftigkeit eines Staatsaufbaus von außen generell in Frage stellen. Entscheidend für die NATO und vor allem die USA für die Zeit bis 2014 wird daher sein, ob und wie der Einsatz beendet werden kann, ohne das Gesicht zu verlieren. Klar ist, dass die hohen Ziele, die man sich 2001 gesteckt hatte, bei weitem nicht erreicht wurden. Idealistische Bestrebungen zum Aufbau eines an „westlichen Werten“ orientierten Staates wurden von einer pragmatischen Realität eingeholt. So ist das Land von der Drogenökonomie strukturell abhängiger als jeder andere Staat (siehe Grafik S. 9).

Jeder Akteur des IKKM in Afghanistan erzeugt – ob beabsichtigt oder nicht – unkoordinierte Aktionen mit oft unbeabsichtigten Effekten. Das Resultat sind Zielkonflikte und Parallelstrukturen im Einsatzraum, aber auch eine erschwerte Szenarienbildung und Voraussehbarkeit von Entwicklungen, soweit das in Afghanistan überhaupt möglich ist. Auf diese Art wurde die Erhaltung des Status quo (Erhalt der Regierung Karzai) 2001-2011 nur durch stän-

■ Die Taliban-Bewegung

Die Bewegung der Taliban (arab. Talib = Schüler) entstand im Pakistan der 1990er Jahre, wo der jungen, verarmten Bevölkerung in den Religionsschulen (Madrasas) eine Zukunftsperspektive bei gleichzeitiger Indoktrination geboten wurde. Den Höhepunkt der Taliban-Bewegung stellte die Machtübernahme in Afghanistan 1996-2001 dar. Nach ihrem Sturz ist die Wiedererrichtung des von ihnen ausgerufenen „islamischen Emirats Afghanistan“ das erklärte Ziel. Ihre Ideologie besteht aus einer radikalen, puristischen Auslegung des Islam, die jener des Wahhabismus ähnelt. Weiters folgen die Taliban den Regeln des Paschtunwali (Kodex der Paschtunen) als dem wesentlichen Lebens- und Handlungsgrundsatz. Obwohl sich die Taliban anfangs aus Paschtunen und Arabern formierten, deren „Dschihad“ sich gegen die eigene Gesellschaft richtete, bilden sie in Afghanistan eine Anlaufstelle für all jene, die mit dem politischen Status quo bzw. ihren Lebensumständen nicht zufrieden sind. Sie können als ein dezentral organisierter „bunter Haufen“ angesehen werden, der sich gegen die internationalen Truppen als Besatzungsmacht und die afghanische Regierung auflehnt. Ihre Stärke wurde im Februar 2010 von der ISAF auf 36.000 Mann geschätzt. Experten gehen von einer Stärke von 20.000-30.000 aus, wobei davon nur 15.000 als „Vollzeitkämpfer“ angesehen werden können. Viele von ihnen finden in Pakistan sichere Ausbildungs- und Rückzugsräume vor. Insgesamt dürften bis zu 70.000 Personen für die Taliban tätig sein, was Gelegenheitskämpfer, Organisationspersonal, Kommunikationsspezialisten, Finanzgeber und Söldner einschließt.



Quelle: ISAF Violence Trends briefing, 30. September 2011

dig steigende Truppenzahlen erreicht. Die Konsequenz entspricht der aktuellen Lage: Es handelt sich um einen kaum vorhersehbaren Langzeiteinsatz mit nicht zu prognostizierenden, aber explodierenden Kosten und Opfern.

„Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit“

Zitat eines Taliban-Sprechers

Sicherheitslage

In weiten Teilen Afghanistans herrscht durch das graduelle Wiedererstarken der Taliban und anderer Bewegungen de facto Krieg. Ehemals für zivile Helfer bzw. Organisationen zugängliche Gebiete sind aufgrund der sich dramatisch verschlechternden Sicherheitslage zu verbotenen Zonen geworden. Auch von der bisherigen Zweiteilung der Sicherheitslage kann keine Rede mehr sein. Im bisher als relativ sicher geltenden Norden und Westen ist die Lage nunmehr sowohl für lokale wie internationale Akteure als auch für die Bevölkerung prekär. Die Zahl sicherheitsrelevanter Vorfälle hat sich deutlich erhöht. So war 2010 ein Anstieg gewalttätiger Zwischenfälle um 300% im Vergleich mit dem Vorjahr zu verzeichnen. Hervorzuheben sind dabei vor allem die gezielten Angriffe der MOK auf die lokale Polizei und Personen, die der Kollaboration mit ISAF verdächtigt wurden. Auch die zivile Opferzahl, verursacht sowohl durch ISAF, OEF und private Sicherheits- und Militärfirmen wie auch durch Aufständische und gewöhnliche Kriminelle, stieg deutlich an. 2011 kann nach wie vor nur die Präsenz internationaler Streitkräfte eine Rückkehr militanter oppositioneller Kräfte nach Kabul verhindern; mehrere Teilprovinzen bzw. Distrikte des Landes können durch internationales Militär nicht bzw. nicht mehr kontrolliert werden (siehe Grafik S. 10/11).

■ **Definition von Milizenführern (oft auch als „Warlords“ oder „Kriegsfürsten“ bezeichnet):**

Es handelt sich dabei um konkurrierende Eliten, die unter Bedingungen eines fortschreitenden Staatsverfalls oft mittels privater Milizen die Kontrolle über den Sicherheitssektor gewinnen und das Land zur eigenen Bereicherung ausbeuten. Das Ziel von Kriegsfürsten ist jedoch nicht nur der Erwerb und Erhalt von Macht zur Eigenbereicherung, sondern auch Anerkennung und sozialer Status in der Gemeinschaft. Aktionen der Milizenführer sind daher auch im sozialen Kontext zu verstehen, da sie der Gesellschaft auch Sicherheit anbieten. Zudem gehören sie zu den größten und bestbezahlenden Arbeitgebern ihres Machtbereiches. Mächtige und bekannte Milizenführer sind u. a. Ismail Khan, Rashid Dostum oder der im September 2011 ermordete Burhanuddin Rabbani (siehe Grafik zur realen Machtverteilung S. 8).

MOK wie insbesondere die Taliban verfolgten nach ihrem Sturz 2001 das Ziel, die internationalen Akteure zum Rückzug zu bewegen, wobei sie teilweise erfolgreich waren (z.B. Rückzug internationaler Hilfsorganisationen oder Kontingente der Niederlande). Sie gehen dabei asymmetrisch vor und wenden eine Zermürbungstaktik in Form von Sprengfallen an Straßen, Selbstmordattentaten oder Entführungen an. Dazu kommen auch die seit 2010 zunehmenden Angriffe auf Tanklaster der ISAF in Pakistan und Afghanistan zur Störung der Versorgung. Eine neue Qualität der Anschläge zeigte sich 2011 in gut geplanten Attacken auf prominente westliche Einrichtungen (z.B. die US-Botschaft und das Hotel Intercontinental in Kabul), hochrangige politische Entscheidungsträger (z.B. die Ermordung von Burhanuddin Rabbani, von Karzais Bruder Walid Karzai, des Bürgermeisters von Kandahar oder des Gouverneurs von Kunduz) sowie auf ISAF-Personal (z.B. Selbstmordanschlag auf einen ISAF-Bus mit 13 getöteten US-Soldaten im Oktober 2011).

Die Taliban bekämpfen mehr oder weniger in Koalition mit dem Haqqani- und Hekmatyar-Netzwerk (siehe Grafik S. 10/11) medienwirksam einen gemeinsamen Feind – die afghanische Regierung und die internationalen Kräfte. ISAF-Pressemeldungen, wonach sich die Sicherheitslage verbessert habe, werden dadurch konterkariert und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verschlechtert sich. Selbst ISAF-Sprecher Carsten Jacobson musste 2011 einräumen, dass sich die Afghanen nicht sicher fühlen.

Hervorzuheben ist, dass die Taliban primär die eigene Bevölkerung von ihrer Sache überzeugen wollen. Das hindert sie aber nicht daran, gewaltsam gegen sie vorzugehen, was die Opferzahl unter Zivilisten erhöht. Hauptangriffsziel sind „Ungläubige“ und „Kollaborateure“, die z. B. für internationale Organisationen oder die ISAF arbeiten. Die gewaltsame Einschüchterung dient oft als Instrument, um Afghanen von einer Zusammenarbeit mit ISAF (z. B. bei der Meldung von Sprengfallen)

abzuhalten. Vor allem in Gebieten, in denen ISAF es nicht vermag, für Sicherheit zu sorgen, gewinnen die Taliban zunehmend an Einfluss und vermitteln dies auch in den Medien. So wurde im August 2010 die öffentliche Hinrichtung eines Paares wegen angeblichen Ehebruchs per Video in das Internet gestellt. Die brutale Steinigung, die in einem von Taliban dominierten Teil der Provinz Kunduz stattgefunden haben soll, zeigt die limitierten Einflussmöglichkeiten der ISAF und der afghanischen Regierung.

Politische Situation

An den realen Machtverhältnissen hat sich 2001-2011 wenig verändert. Milizenführer, ob mit Verbindungen zu den Taliban oder ohne, dominieren und versorgen ihr Klientel. Neue, gemäßigte politische Akteure sind ebenso wenig auszumachen wie neue Verbündete für die USA. Politische Macht ist in Afghanistan faktisch an die Fähigkeit von Entscheidungsträgern gekoppelt, über loyale Milizen kurzfristig Einfluss geltend zu machen.

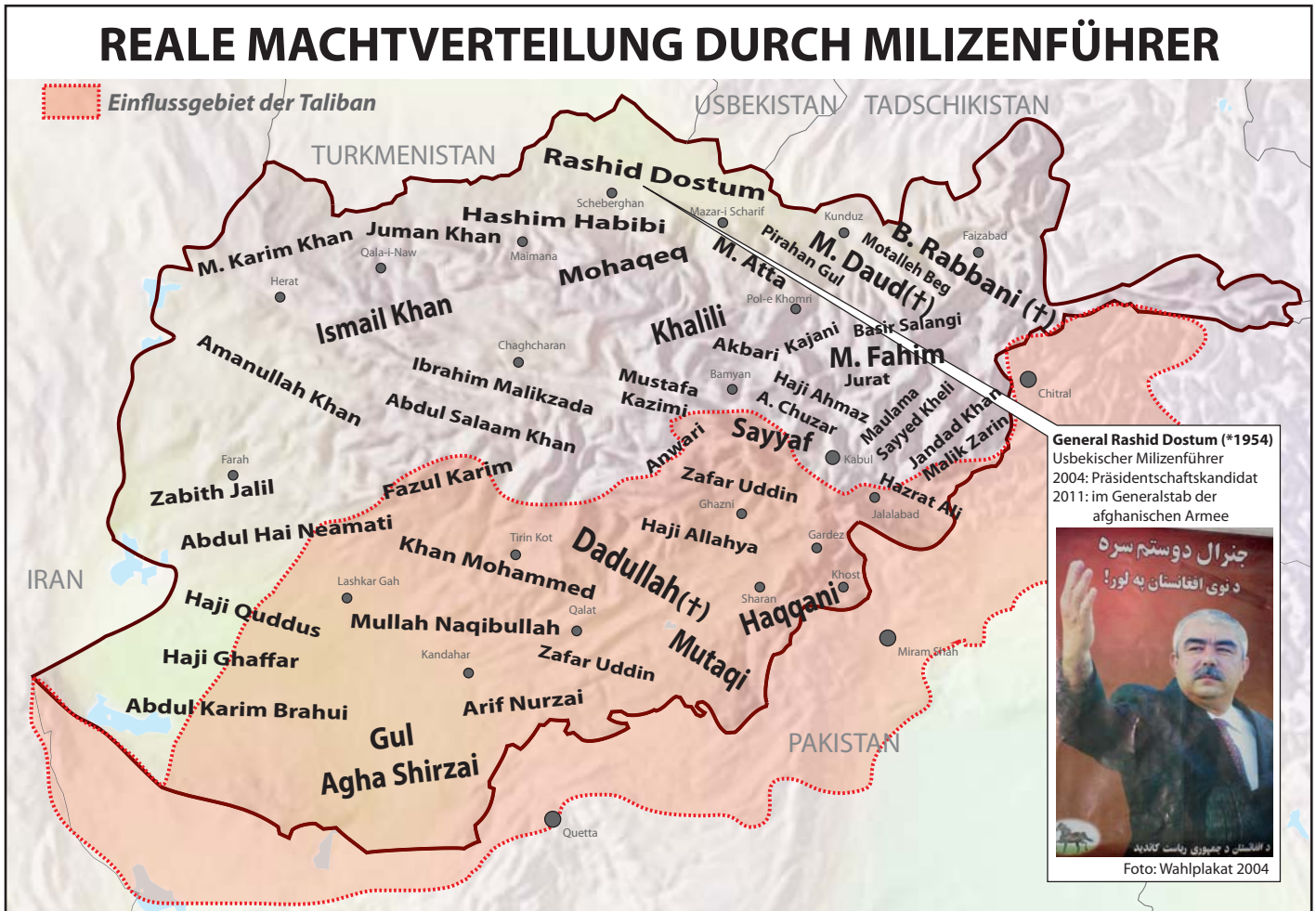
Aus afghanischer Sicht ist anzumerken, dass die hohen Erwartungen an die Schaffung tragfähiger politischer Strukturen weitgehend enttäuscht wurden. Vor allem der junge Teil der Bevölkerung ist der Ansicht, dass die Klientelwirtschaft in den letzten Jahren wieder einen Aufschwung erlebt hat. Die Monopolisierung gewisser Sektoren lässt nur eine kleine Bevölkerungsschicht am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben. Obwohl die afghanische Bevölkerung der ISAF noch positiv gegenübersteht, würde sie eine stärkere Einbindung in das IKKM befürworten. Alternativen gibt es wenige: Entweder der Rückfall in Taliban-Strukturen oder die Akzeptanz einer nicht am Gesamtstaat orientierten Herrschaft von Milizenführern.

Die afghanische Bevölkerung traut dem gegenwärtigen politischen System Karzai keine Problemlösungs-Kompetenz zu ihren Gunsten zu. Karzai wurde durch massive Wahlfälschungen anlässlich seiner Wiederwahl 2009 erheblich diskreditiert. Auch die Parlamentswahlen von 2010 ergaben ein ähnliches Bild. Daher wird er nach wie vor als Marionette der USA gesehen.

Im Vergleich dazu regieren die Taliban nicht nur durch Angst und Schrecken. Sie bieten auch Sicherheit gegen ausbeuterische Staatsangestellte und Kriminelle an. Die Quetta-Shura, das

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Präsident Hamid Karzai spricht im Kreis von Regierungsmitgliedern, die zum Teil auch Anführer von Milizverbänden sind, über die Ermordung von Burhanuddin Rabbani (Chef des afghanischen Friedensrates) im September 2011



Grafik: LVAK/Ref III - Medien

Grafik in Anlehnung an Conrad Schetter: „Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan“. AIPA 3/2004

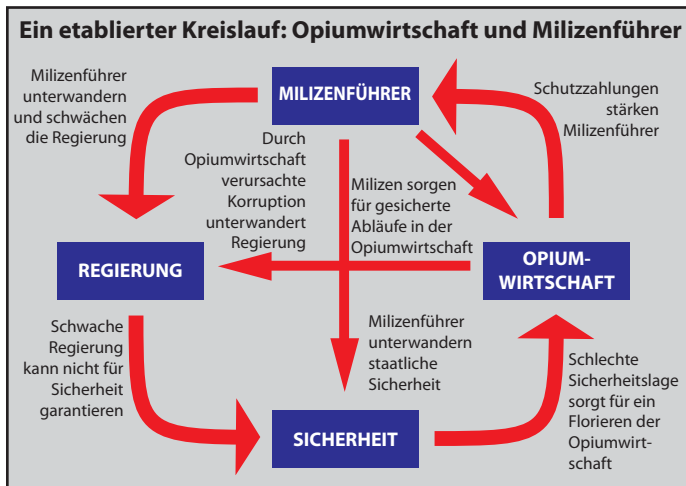
angebliche politische Leitungsgremium der Taliban, hat Sharia-Gerichte und sogar Ombuds-Institutionen geschaffen, an die sich Bürger wenden können und die Täter bestrafen. Der afghanische Staat und damit auch Karzai hat den Wettbewerb um das Vertrauen der Bürger an manchen Orten bereits verloren – die Afghanen wissen, dass der Staat nicht jeden gleich behandelt. So hatte Präsident Karzai 2009 fünf verurteilte Drogenhändler begnadigt, die als politisch einflussreich galten. Da der afghanische Staat bisher Bürger kaum gegen Gewalt und Ausbeutung schützte, konnte er nicht an Legitimität gewinnen. Auch die politisch brisante Frage, wer Präsident Karzai nachfolgen soll, bleibt offen. Die Etablierung eines „Zentralstaates“ scheint gescheitert zu sein.

Strategiewechsel der USA: Vom „End-State“ zum „End-Date“

Versteht man den fragmentarischen Charakter Afghanistans, in dem Loyalitäten von Tal zu Tal unterschiedlich sind, erklärt sich die Schwierigkeit bzw. faktische Unmöglichkeit für das IKKM, Fortschritte in Bereichen wie politischer Aussöhnung, Institutionenaufbau, Sicherheit und Entwicklung zu erreichen. Ab 2008 wurde auch für die USA immer deutlicher, dass die Erreichung ihrer erklärten strategischen Ziele (siehe S. 4) zunehmend schwierig wurde. Die Konfliktkonstellation ist von großen Ungleichheiten der Akteure gekennzeichnet (Asymmetrie), aus der sich auf unterschiedlichen Wirkungsebenen eine Reihe

von Vorteilen für MOK ergeben. Auf politisch-strategischer Ebene stehen staatliche (militärische) Akteure und internationale Organisationen (z. B. in Form der ISAF) nicht-staatlichen Akteuren (z. B. Taliban) gegenüber. Übergeordnetes Mandatsziel von ISAF ist es, afghanische Sicherheitskräfte und Institutionen soweit zu stärken, dass diese nach 2014 auch ohne internationale Militärpräsenz ausreichend autonom und autark agieren können. Das Ziel von MOK ist es, ihre Anstrengungen im Hinblick auf einen Regimewechsel zumindest beizubehalten und einen Truppenabzug von ISAF herbeizuführen, um schrittweise an Einfluss bzw. Raum zu gewinnen. Das Instrument der strategischen Kommunikation brachte den MOK bisher einen wesentlichen Vorteil: Die oft durch Taliban-Sprecher und im Internet selbst lancierte Berichterstattung, die von internationalen Medien insbesondere nach spektakulären Anschlägen gerne übernommen wird, steigert die Kriegsmüdigkeit in den Entsendestaaten. Dem kann ISAF nicht mehr entgegensetzen als Präsenz zu zeigen, lokale Sicherheitskräfte auszubilden. Die Bekämpfung von MOK, die oft kaum als Feind zu erkennen sind, gestaltet sich schwierig (siehe auch Kapitel „Bilanz“).

Auf operativer Ebene haben MOK ihr Ziel erreicht, das Sicherheitsumfeld im gesamten Land derart zu verschlechtern, dass sich zivile Hilfsorganisationen und sogar die UNO aus mehreren Provinzen zurückziehen mussten (siehe Sicherheitslage). ISAF kann den Vorteil der besseren Ausrüstung (z. B. Kampffjets,



Quelle: World Bank, Afghanistan: State Building, Sustaining Growth, and Reducing Poverty. Country Economic Report, September 2004

Kampfhubschrauber, Spezialwaffen) kaum nutzen, da dieser bei Sprengfallen und spektakulären Anschlägen (v. a. auf nicht-militärische Ziele) kaum zur Wirkung kommt und ISAF an ihren Schwachstellen trifft (Prinzip „David gegen Goliath“). Auf taktisch-gefechtstechnischer Ebene können nicht-staatliche Akteure flexibler und unvorhersehbarer agieren und entscheiden wann, wo und in welcher Form der Konflikt ausgefochten wird. Das Kraft-Raum-Zeit-Kalkül spricht somit deutlich für MOK: Diese könnten bis 2014 zuwarten und danach zum großen Schlag ausholen, während ISAF unter enormem Zeitdruck steht.

Aufgrund der unbefriedigenden Ergebnisse wurde nach dem Wechsel der US-Präsidentschaft im Januar 2009 eine neue US-Strategie für Afghanistan formuliert, die in der Folge auch als eine Basis für eine neue Counterinsurgency-Doktrin herangezogen wurde (siehe S. 13). Der verstärkte Schutz der afghanischen Bevölkerung ist darin ein wesentlicher Eckpfeiler. Auch die regionale Dimension des Konfliktes erfährt durch den Versuch, Pakistan verstärkt einzubinden, einen neuen Stellenwert. Präsident Obama stockte die Truppen nach irakischem Vorbild auf, und veranlasste ein geändertes Trainingskonzept für die afghanische Armee und Polizei, wobei der Fokus v. a. auf dem quantitativen Ausbau derselben durch Schaffung der „NATO Training Mission-Afghanistan“ (NTM-A) gelegt wurde (siehe S. 15). Auch die Zusammenarbeit der ISAF mit dem neu geschaffenen Hohen Zivilen Beauftragten der NATO war Ausdruck des neuen Ansatzes, militärpolitische Kompetenz in die ISAF einzubringen und für einen geordneten Rückzug der ISAF bis 2014 zu sorgen. Von der ursprünglichen Absicht, militärische Unterstützung bis zur Schaffung eines „End-State“ zu leisten, rückte man ab.

Auf der Afghanistan-Konferenz vom 20. Juli 2010 in Kabul wurde das Joint Afghan-NATO Intequal Board (Intequal heißt auf Dari und Paschtu „Übergabe“ oder „Transition“) etabliert. Unter gemeinsamer Leitung der afghanischen Regierung, der ISAF und des Hohen Zivilen Beauftragten der NATO wird entschieden, welche Landesteile aus der Verantwortung der ISAF entlassen werden können. Weitere Aufgaben sind die Übergabe der Verantwortung für wichtige afghanische Institutionen und Funktionen und die Betonung des zivilen Faktors bei den bisher militärisch dominierten Provincial Reconstruction Teams (PRTs).

Mit der Sicherheitsrats-Resolution 1943 vom 13. Oktober 2010 wurde schließlich die stufenweise Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit in Afghanistan an afghanische Sicherheitskräfte beschlossen und das „End-Date“ des Einsatzes mit Ende 2014 bestätigt.

Das entwicklungspolitische Umfeld

Vorweg ist festzuhalten, dass „Entwicklungshilfe“ nicht generell mit der Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) gleichzusetzen ist. Der Großteil der Aufbauarbeit in Afghanistan erfolgt über Regierungsorganisationen wie die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder die United States Agency for International Development (USAID). Die EU hat über ihre Ableger und Mitgliedsstaaten von 2002 bis 2010 rund acht Mrd. Euro an Hilfe zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zu diesen Akteuren haben NGOs oft ein marginales Budget, müssen aber, im Gegensatz zu Regierungsorganisationen, nicht unbedingt mit den oftmals korrupten afghanischen Behörden zusammenarbeiten.

Das idealtypische Ziel von NGOs wie Regierungsorganisationen ist letztendlich die Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung. Einige NGOs sind schon seit den 1980er Jahren in Afghanistan vertreten (z.B. die Deutsche Welthungerhilfe oder das Swedish Committee for Afghanistan). Dessen ungeachtet werden sie von den Taliban als „weiche Ziele“ wahrgenommen, obwohl die Mitarbeiter um Neutralität bemüht sind und die Nähe zur Bevölkerung suchen. Auch versuchen NGOs vermehrt, vom Militär (ISAF) Abstand zu halten – schon aus rein pragmatischen (Sicherheits-) Gründen. Jedoch bietet die Betonung ihrer Neutralität keinen wirksamen Schutz vor Angriffen; wer eine langfristige Verbesserung der Lebensumstände der Menschen vor Ort zum Ziel hat, kann gerade aus diesem Grund angegriffen werden.

Manche der in Afghanistan tätigen zivilen Akteure oder Firmen operieren unter dem Deckmantel von NGOs und stehen daher in der Kritik: Profitstreben und die Erlangung von Hilfsgeldern soll ihnen wichtiger sein als tatsächliche Hilfeleistungen. Auch die Kooperation mit den jeweiligen Provinzgouverneuren und Milizenführern wird – ähnlich wie bei ISAF – kritisiert; diese ist jedoch oft Voraussetzung, um überhaupt operieren zu können. Dass dabei Hilfsgelder fließen, ist Realität in einer Bürgerkriegsökonomie, wie auch die Entscheidungsgewalt der lokalen Machthaber darüber, wer Hilfe erhält und wer davon ausgeschlossen bleibt. Dadurch können örtliche Entscheidungsträger – ob loyal zu Karzai oder nicht – mit Hilfe ausländischer Hilfsgelder ihren Machtbereich und ihre Patronage-Systeme weiter ausbauen. Auch wenn die Verteilung von Hilfsgeldern über Kabul erfolgt, wird in der Regel nur ein Bruchteil von rund 30-40% in konkrete Hilfsprojekte investiert. Die Verteilungsmethode ist oft korrupt und nicht transparent. Somit tragen nahezu alle internationalen Akteure (ob militärisch oder zivil) zwangsläufig zur Korruption im Lande bei. Einige Experten sind sogar der Ansicht, dass der immense Geldfluss nach Afghanistan mehr Konflikte hervorgebracht als gelöst hat.

Trotz der zunehmenden Militarisierung der humanitären Hilfe, bedingt durch die schlechte Sicherheitslage, ist das Engagement von

AFGHANISTAN 2011 - Daten und Fakten



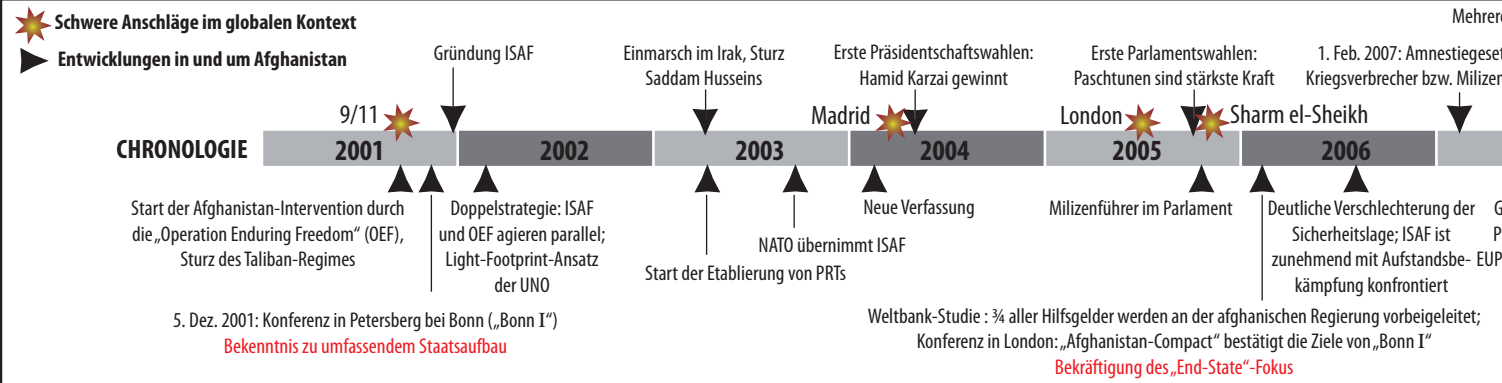
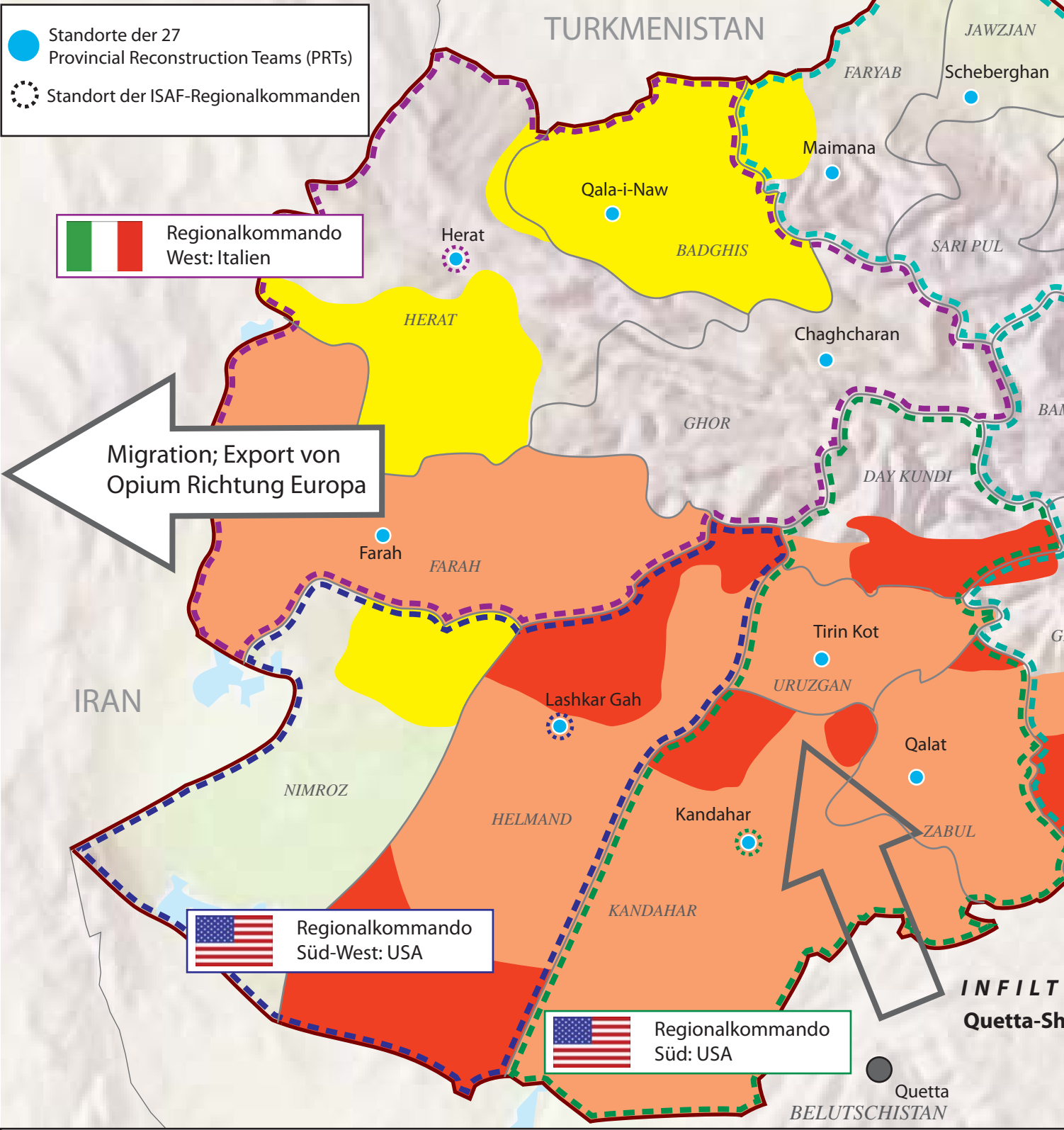
- Standorte der 27 Provincial Reconstruction Teams (PRTs)
- ⊙ Standort der ISAF-Regionalkommanden

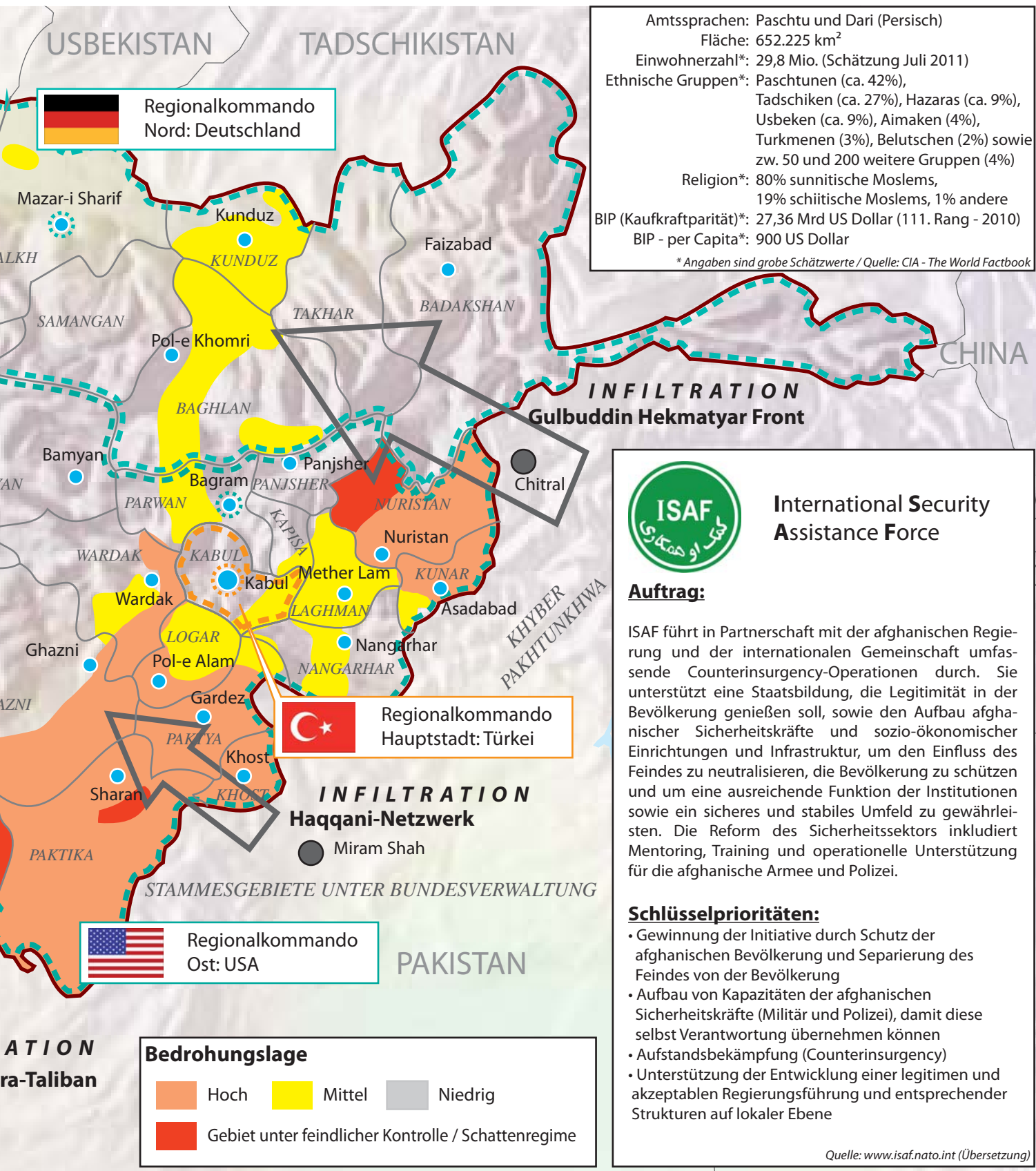
 Regionalkommando West: Italien

 Regionalkommando Süd-West: USA

 Regionalkommando Süd: USA

Migration; Export von Opium Richtung Europa





Amtssprachen: Paschtu und Dari (Persisch)
 Fläche: 652.225 km²
 Einwohnerzahl*: 29,8 Mio. (Schätzung Juli 2011)
 Ethnische Gruppen*: Paschtunen (ca. 42%), Tadschiken (ca. 27%), Hazaras (ca. 9%), Usbeken (ca. 9%), Aimaken (4%), Turkmenen (3%), Belutschen (2%) sowie zw. 50 und 200 weitere Gruppen (4%)
 Religion*: 80% sunnitische Moslems, 19% schiitische Moslems, 1% andere
 BIP (Kaufkraftparität)*: 27,36 Mrd US Dollar (111. Rang - 2010)
 BIP - per Capita*: 900 US Dollar
 *Angaben sind grobe Schätzwerte / Quelle: CIA - The World Factbook

International Security Assistance Force

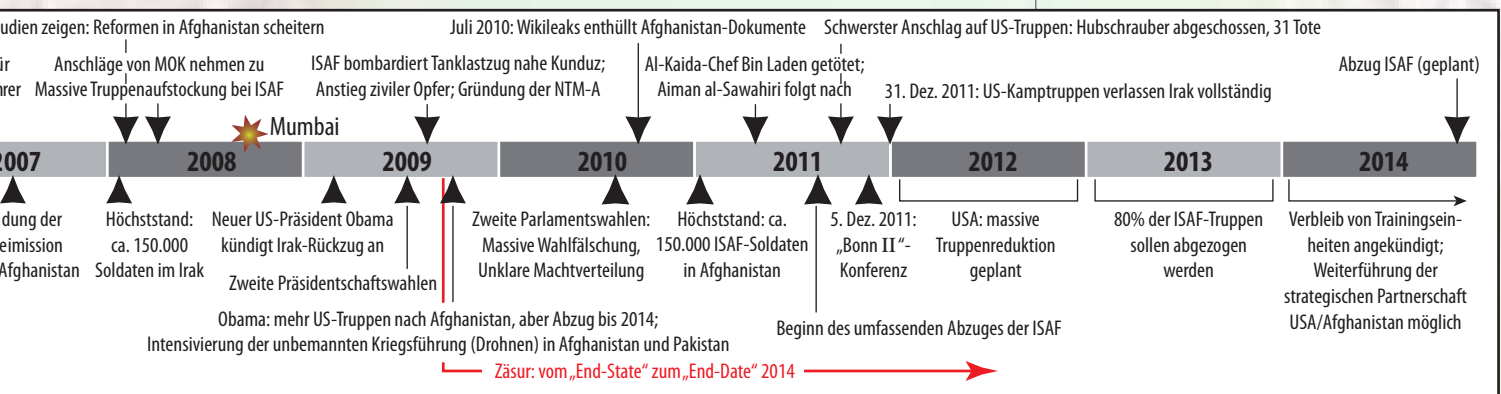
Auftrag:

ISAF führt in Partnerschaft mit der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft umfassende Counterinsurgency-Operationen durch. Sie unterstützt eine Staatsbildung, die Legitimität in der Bevölkerung genießen soll, sowie den Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte und sozio-ökonomischer Einrichtungen und Infrastruktur, um den Einfluss des Feindes zu neutralisieren, die Bevölkerung zu schützen und um eine ausreichende Funktion der Institutionen sowie ein sicheres und stabiles Umfeld zu gewährleisten. Die Reform des Sicherheitssektors inkludiert Mentoring, Training und operationelle Unterstützung für die afghanische Armee und Polizei.

Schlüsselprioritäten:

- Gewinnung der Initiative durch Schutz der afghanischen Bevölkerung und Separierung des Feindes von der Bevölkerung
- Aufbau von Kapazitäten der afghanischen Sicherheitskräfte (Militär und Polizei), damit diese selbst Verantwortung übernehmen können
- Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency)
- Unterstützung der Entwicklung einer legitimen und akzeptablen Regierungsführung und entsprechender Strukturen auf lokaler Ebene

Quelle: www.isaf.nato.int (Übersetzung)



NGOs unentbehrlich – auch ISAF ist auf die Arbeit von NGOs angewiesen. Sie spielen eine sehr wichtige Rolle beim Wiederaufbau und der Konfliktbewältigung. Das wissen auch staatliche Ressorts und versuchen deshalb, NGOs einzubinden.

Aufgrund der Verschlechterung des humanitären Umfeldes ist das Aktionsspektrum für NGOs in Afghanistan sehr limitiert. Um Projekte umzusetzen, ohne sich in Gefahr zu bringen, gibt es zwei Ansätze: Erstens gilt es, das Vertrauen der jeweiligen Dorfgemeinschaft zu gewinnen, und zweitens, lokale NGOs in die Umsetzung einzubinden. Ein Beispiel dafür sind niederländische NGOs (z. B. TPO Healthnet), die sich im Gesundheitsbereich engagieren und dem local ownership-Prinzip folgen. Militärische Intervention wird dabei in der Regel strikt abgelehnt, weil dies auch die Sicherheit der afghanischen Mitarbeiter gefährden kann.

In unterschiedlichen Regionen sind positive Veränderungen für die Bevölkerung sichtbar und fühlbar, an denen auch zivile Organisationen einen wesentlichen Anteil haben. Menschenrechte – vor allem die Rechte der Frauen – konnten gestärkt und im Gesundheits-, Bildungs- und Medienbereich Fortschritte erzielt werden. Problematisch ist jedoch, dass sich Verbesserungen vielfach nicht in die Praxis umsetzen ließen (z.B. die angestrebte Erhöhung der Frauenquote im Parlament und in Ämtern). Auch wirtschaftlich findet man punktuell verbesserte Rahmenbedingungen vor – so insbesondere in Kabul, wo ausländische Investoren (v. a. aus dem Iran, Indien, China und den USA) stärker als je zuvor präsent sind. Diese sind sich jedoch stets auch des Risikos eines Abzuges der internationalen Kräfte bewusst.



Gemeinderat eines Dorfes in der afghanischen Provinz Sari Pul steht vor einer Bewässerungsanlage der Hilfsorganisation „Deutsche Welthungerhilfe e.V.“

Bild: IFK/Markus Gauster (2005)

Ansätze und Versuche zur Stabilisierung

Comprehensive Approach und der Faktor Kohärenz

Der Konflikt in Afghanistan weist sicherheits-, gesellschafts-, kultur- und wirtschaftspolitische Dimensionen auf. Idealtypisch erfordert dessen Bewältigung einen abgestimmten Einsatz militärischer, polizeilicher, diplomatischer, humanitärer und entwicklungsbezogener Instrumente. Während die UNO mandatsgemäß Maßnahmen zum Staatsaufbau vorantreiben soll, ist ISAF für die Schaffung eines sicheren Umfeldes zuständig und insbesondere die EU soll den wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen. Weil sich die Lage in Afghanistan dramatisch verschlechterte, wurde angestrebt, die Planung von Einsätzen auf internationaler und nationaler Ebene verstärkt abzustimmen sowie das Vorgehen im Einsatzraum besser zu koordinieren. Dies manifestiert sich in umfassenden Ansätzen (Comprehensive Approach / CA). Weitere treibende Kräfte für CA sind die allgemeine Budgetknappheit verbunden mit der Hoffnung auf Einsparungsmöglichkeiten, die durch die laufende Staatsschuldenkrise verstärkt wurde. Auch eine gewisse gegenseitige Abhängigkeit der Akteure im Einsatzraum, Synergieeffekte oder die Überwindung von Einsatzvorbehalten einzelner Staaten sind Argumente für einen CA.

Am Beispiel der United Nations Mission in Afghanistan (UNAMA) und ihrem Anspruch auf Koordination von Akteuren ist jedoch zu erkennen, dass diese von internationalen NGOs als Konfliktpartei wahrgenommen und oft umgangen wird, da sie als solche nicht neutral agieren kann. Auch Entsendestaaten und die von ihnen bereitgestellten Hilfsgelder lassen sich kaum über UNAMA koordinieren, da nationale Vorbehalte (Caveats) für unterschiedliche Ambitionen und Ressourcenzuteilung sorgen. Kooperiert wird oft nur dann, wenn es operativ notwendig ist; so z. B. mit Milizenführern im Rahmen von PRTs. Milizenführer werden dadurch oft zusätzlich gestärkt, bekommen einen „Freibrief“ im Drogengeschäft und zusätzliche Legitimation. Auch nutzen manche Kriegsfürsten die ISAF, um ihre Konkurrenz auszuschalten, indem sie Standorte angeblicher Aufständischer bekannt geben. ISAF wurde dadurch oft ohne ihr Wissen in Machtspiele und Fehden von lokalen Machthabern hineingezogen.

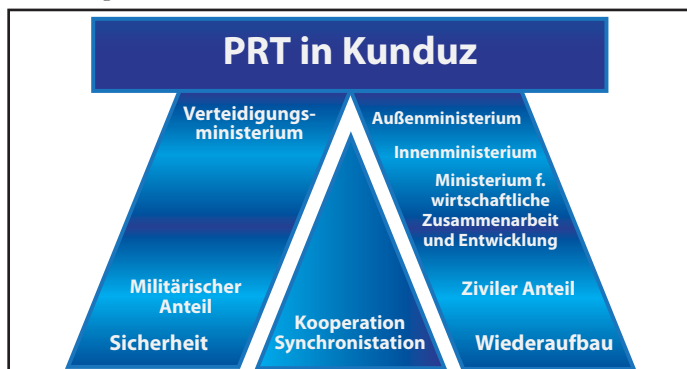
Kooperation und Koordination in Afghanistan ist daher ein hochpolitisches Instrument und mit Machtzugeständnissen verbunden – dies betrifft sowohl internationale wie auch lokale Akteure. Daher ist ein umfassender Ansatz aller relevanten Akteure ein Wunschdenken. Man kann aber auch argumentieren, dass die Kohärenzbestrebungen zumindest für eine Annäherung von

Positionen und verstärkten zivil-militärischen Dialog auf Planungsebene gesorgt haben.

Provincial Reconstruction Teams (PRTs)

Im Rahmen der Aktivitäten des IKKM in Afghanistan übernahm ISAF neben militärischen Kernaufgaben zunehmend zivile Agenden (Projekte wie z. B. Brücken-, Brunnen-, Krankenhaus- oder Schulbau). Dadurch überschritten sich die Arbeitsfelder mit der Tätigkeit von zivilen Akteuren. Das führte seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes zu einer verstärkten Debatte über Legitimation, Grundsätze und Regeln der Aufgabenteilung und zivil-militärischen Interaktion. PRTs stehen seit 2003 als Modelle institutionalisierter zivil-militärischer Kooperation einzelner Entsendestaaten im Zentrum dieser Diskussion. Damit gelten PRTs als Wegbereiter des Comprehensive Approach-Leitgedankens, der eine internationale Vernetzung der Akteure zu erreichen versucht.

PRTs sind militärisch geschützte Einrichtungen mit an die jeweilige Sicherheitslage angepasster Bewaffnung und weisen eine Stärke von etwa 50 bis 500 Personen auf. Sie sind für Provinzen zuständig, die wie Badakhshan oder Herat oft mehr als 40.000 km² umfassen. Dieser Minimalansatz sollte dazu dienen, Unterstützung beim Aufbau von Sicherheit und lokalen Verwaltungsstrukturen abseits von Kabul zu leisten. Ausschlaggebend für die rasche Zunahme der PRTs auf bisher 27 Teams war das innovative Konzept, mit relativ geringen Kräften einen flächendeckenden Einsatz zu ermöglichen und gleichzeitig staatliche Ambitionen als PRT-Führungsnation relativ unabhängig von ISAF-Vorgaben verfolgen zu können. Angesichts steigender Anforderungen an Entsendestaaten sind das starke Argumente.



PRT-Konzept: Involvierte Ressorts am Beispiel des deutschen PRTs in Kunduz/Nordafghanistan (Quelle: Briefing durch das BMVg im PRT Kunduz 2005)

Dabei agieren die PRTs in drei Dimensionen: Schaffung von Sicherheit, Bildung staatlicher Institutionen und Durchführung bzw. Ermöglichung von Wiederaufbau. Die Erreichung dieser langfristigen Ziele steht oft im Widerspruch zu politischen Absichten der PRT-Betreiberstaaten.

Im Feld zeigen PRTs Präsenz in Form von Patrouillen und sind als Vermittler, Netzwerkbilder, Unterstützer von Projekten, Armee- und Polizeiausbildner sowie als Informationsbeschaffer aktiv. Entwicklungs-, Innen-, Außen- und Landwirtschaftsministerien der Entsendestaaten sind neben der militärischen Komponente mit unterschiedlichen Befugnissen eingebettet und stellen ihre spezifische Expertise bereit.

PRTs leisteten Beiträge zu den Entwaffnungsprogrammen, der Unterstützung von Wahlprozessen und dem Aufbau von Infrastruktur. Nach fast 10 Jahren Einsatz haben PRTs jedoch vielfach auch staatliche Strukturen ersetzt oder Parallelstrukturen erzeugt, was kritisch zu beurteilen ist: PRTs können gleichsam „Zeit kaufen“, bringen aber auf lange Sicht nicht unbedingt mehr Stabilität. Obwohl es der PRT-Philosophie entsprochen hätte, wurde in der Anfangsphase eine nachhaltige Förderung der Zivilgesellschaft und des Faktors Local Ownership vernachlässigt. Taktische „Erfolge“ wie z. B. die Umsetzung einer gewissen Anzahl an Projekten durch die beteiligten Regierungsorganisationen bringen wenig, wenn dabei kein Know-How-Transfer erfolgt und die Eigenverantwortung nicht gefördert wird.

Trotz aller Kritik können PRTs in Afghanistan als Innovationstreiber bei der ressortübergreifenden Planung der Truppensteller bezeichnet werden – die Akteure rückten näher aneinander. Weiterhin stellen PRTs ein wichtiges Element für ISAF dar, um eine einigermaßen geordnete Transition zu ermöglichen. Im Idealfall könnten PRTs ganz auf ihre militärische Komponente verzichten (aktuelles Beispiel: türkisches PRT in der Provinz Wardak) und in der Folge als administrative Zentren in afghanische Verantwortung übergeben werden.

Der Counterinsurgency-Ansatz (COIN)

Dieser Ansatz wurde u. a. aus der CA-Philosophie abgeleitet. Bei COIN wird die afghanische Bevölkerung zum Schlüsselement bei der Bekämpfung von Aufständischen. Durch verbesserte Regierungsführung und Initiativen im wirtschaftlichen Bereich soll MOK die Unterstützung der Bevölkerung entzogen werden. Im Rahmen von COIN wurden 2009 von US-General Stanley McChrystal acht Verhaltensnormen festgelegt, die den COIN-Ansatz prägen und gleichzeitig das aktuelle Konfliktbild in Afghanistan charakterisieren:

■ Die Counterinsurgency-Doktrin von General McChrystal

- 1. Genaue Analyse der Akteure:** Aufständische sind von der Zivilbevölkerung oft nicht zu unterscheiden. Dabei ist Wissen nicht nur über Aufständische, ihr Denken und ihr Umfeld, sondern auch über die Lebensumstände der Bevölkerung wichtig, um sie zur Kooperation zu bewegen.
- 2. Schutz und Zusammenarbeit:** Auch wenn die militärische Präsenz in der Bevölkerung gute Absichten verfolgt, kann sie als bedrohlich empfunden werden. Daher kommt es darauf an, wie man in Erscheinung tritt. Allein durch den Verzicht auf eine Sonnenbrille können oft Ängste abgebaut werden.
- 3. Umfassende Kampfführung:** Der Schutz der Bevölkerung stellt nur einen Aspekt der Strategie dar. Ein sicheres Umfeld, eine gute Regierungsführung und die Erzeugung einer Zukunftsvision (Entwicklung) sind die drei wesentlichen Handlungsfelder. Die Bevölkerung soll dabei in allen drei Feldern einbezogen werden und Verantwortung übernehmen.
- 4. Kenntnis des Umfeldes:** Aus einer intensiven Auseinandersetzung mit den die Situation bestimmenden Konstanten, wie der Kultur und Geschichte des Landes, soll das richtige Verhalten abgeleitet werden.

- 5. Wertorientiertes Handeln:** Wenn die Herzen und Köpfe der Bevölkerung gewonnen werden sollen, muss auf Werte geachtet werden, die selbst in schwierigen Situationen nicht aufgegeben werden dürfen.
 - 6. Kommunikation:** Worte und Taten müssen übereinstimmen. Ebenso muss die ISAF der Bevölkerung objektive Informationen liefern und aufrichtig handeln.
 - 7. Wie ein Team handeln:** Auch eine internationale Schutztruppe, in der über 40 Nationen vertreten sind, muss einheitliches Handeln anstreben.
 - 8. Ständige Anpassung:** Die Gesellschaft Afghanistans ist von überlappenden Solidaritätsverpflichtungen (Clans, Dorfgemeinschaften, Stammesgruppen, etc.) gekennzeichnet. So wechseln auch MOK je nach politischer Lage und finanziellen Anreizen die Seiten. Um die Aufständischen erfolgreich bekämpfen zu können, müssen ständig neue Lagebeurteilungen durchgeführt werden. Dabei ist Flexibilität und ständige Anpassung vonnöten.
- Quelle: COMISAF initial Assessment/30. August 2009

General David Petraeus konkretisierte 2010 nach der Absetzung McChrystals als neuer ISAF-Kommandant dessen COIN-Ansatz. Neu hinzugekommen ist die gezielte Bekämpfung von Korruption und eine engere Zusammenarbeit („Partnering“) mit den afghanischen Sicherheitskräften („live, eat, train, plan and operate together“). Dass die tatsächliche Wirkung von COIN in Afghanistan umstritten ist, zeigt sich durch die nach wie vor prekäre Situation für die afghanische Bevölkerung. Diese verschlechterte sich 2009-2011 nochmals: Die Anzahl der (offiziell) getöteten Zivilisten stieg von 2.118 Personen im Jahr 2008 auf 2.777 Personen im Jahr 2010.

Friedensgespräche mit Taliban

Einige Experten wie auch Mitglieder der afghanischen Regierung sind der Ansicht, dass ein Stabilisierungsprozess nur unter Einbeziehung „moderater“ Taliban als Teil einer Gesamtlösung möglich ist. Jedoch ist unklar, wer und was darunter zu verstehen ist. So erklärte u.a. Pakistans Ex-Präsident Pervez Musharraf, dass es „moderate“ Taliban gar nicht gibt.

Im Endeffekt ist dieser Stabilisierungsansatz sehr kritisch zu betrachten, da die Masse an Aufständischen nicht mehr religiös motiviert ist. Es gibt Drogenhändler, die ungestört ihren Geschäften nachgehen wollen; Milizenführer, die mit der afghanischen Regierung nicht kooperieren wollen; paschtunische Clanchefs, die verhindern wollen, dass die „gottgegebene“ Gesellschafts- und Stammesordnung durch fremde Einflüsse untergraben wird; Angehörige von Kriegsoptionen auf der Suche nach Rache; oder Afghanen, die sich ein paar hundert Dollar als Söldner dazuverdienen wollen. „Taliban“ ist heute nur mehr ein Überbegriff für MOK, die aus sehr heterogenen Gruppierungen bestehen.

Zwei Faktoren einen diese Gruppen: Das Ziel, ihr Land vom ausländischen Einfluss zu befreien sowie die gleiche Auffassung vom Islam, welcher im paschtunischen Teil Afghanistans seit jeher sehr rigide interpretiert wird. Die strenge Religionsauslegung der Taliban entspricht jener der Bevölkerung. Verhandlungen mit

„moderaten Kräften“, so diese an Friedensgesprächen teilnehmen, gestalten sich daher auch deshalb problematisch, weil diese für die Kerngruppierung der Taliban (Quetta Taliban Shura unter Mullah Omar) nicht repräsentativ sind. Dazu kommen zwei weitere Unsicherheitsfaktoren: Werden anwesende Taliban mit ehrlicher Absicht verhandeln? Und: Wird Pakistan offiziellen Gesprächen zustimmen? Die USA versuchen im Rahmen von Geheimdiplomatie seit Jahren, ihre Anstrengungen in diesem Kontext voranzutreiben.

Aktuelle Aussagen eines Vertreters des militanten Haqqani-Netzwerkes bestätigen die Unwahrscheinlichkeit, dass individuelle Vertreter von Aufständischen zu Gesprächen kommen. Trotzdem werden Gespräche zwischen der Quetta Taliban Shura und den USA nicht generell verworfen: Gefordert wird, dass die Gespräche unter der Führung der Taliban stattfinden, worauf sich die USA jedoch kaum einlassen werden.

Der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte

Der quantitative und qualitative Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte (Polizei und Militär) bei gleichzeitigem Rückzug internationaler Truppen stellt das zentrale Element der Exit-Strategie der ISAF dar. Gegenwärtig fehlt dem Aufbau jedoch die Balance zwischen Quantität und Qualität. Nur 20% der Sicherheitskräfte sind brauchbar ausgebildet, der Rest sind Platzhalter. Auch die Bildung entsprechender Institutionen kommt kaum voran. Zur Erreichung der angestrebten Stärke (300.000 Sicherheitskräfte)

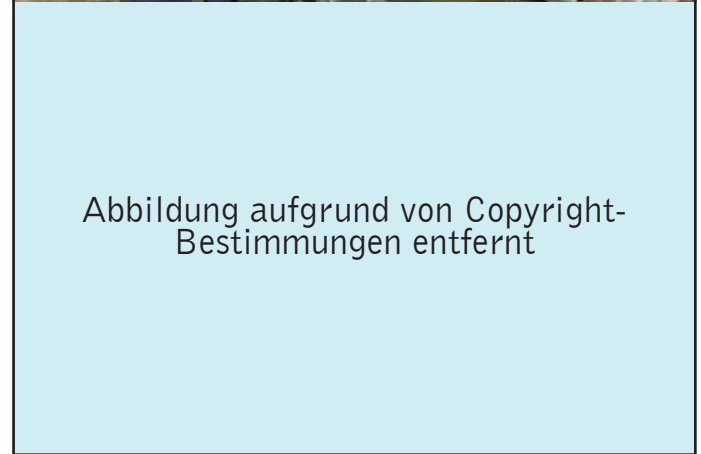


Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Der Aufbau einer loyalen afghanischen Armee (oben) und der Polizei (unten) stellen Schlüsselemente für den Abzug der ISAF-Truppen und den Schutz der Bevölkerung dar, kommt aber quantitativ wie qualitativ kaum voran.

Bild: IFK/Markus Gauster

Bild: AFP - Getty Images/Shah Marai

müsste 2012-2014 eine Verdoppelung erfolgen, was einen extrem knappen Zeitrahmen darstellt. Betont wird jedoch, dass das Ende des Einsatzes „von den Bedingungen abhängt, nicht von Daten“.

Der Auf- und Ausbau des Polizeisektors ist ein Bereich, der auch die EU massiv tangiert und gleichzeitig die wenig akkordierte Vorgangsweise der Akteure aufzeigt. Neben der NATO (NATO Training Mission Afghanistan / NTM-A) und der EU (EUPOL Afghanistan) sind auch die UNO, nationale Regierungen (wie das Deutsche Polizei-Projekt-Team) sowie weitere Akteure am Polizeiaufbau beteiligt. Dabei kommt es oft zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, die auch den mangelnden Koordinierungswillen aufzeigen. Insbesondere das vielfach als rein politisch angesehene Engagement von EUPOL Afghanistan führte seit 2007 zu einer graduellen Übernahme der Agenden durch die USA und 2009 zur Gründung der NTM-A.

Seit der Etablierung der NTM-A stehen sich zwei Polizeiaufbaumethoden gegenüber: Der auf rasche Ausbildung fokussierte Ansatz der USA, der militärisch dominiert ist (und von den USA als „Police-Building Exercise“ bezeichnet wird) und damit einen Paradigmenwechsel ausgelöst hat. Auf der anderen Seite steht ein eher langfristig orientierter EU-Ansatz (EUPOL Afghanistan) zur Unterstützung des Aufbaus nachhaltiger, effektiver und ziviler Polizeistrukturen in Afghanistan. Dadurch soll das Vertrauen der Bevölkerung in die afghanische Polizei gestärkt werden. Die EU ist allerdings mit Ressourcenmangel und politischer Uneinigkeit konfrontiert. Fest steht, dass sich durch die Militarisierung der

„Ich würde gern Bataillone von zivilen Beratern in Nordafghanistan sehen, die den Einheimischen bei der Entwicklung und dem Aufbau ihres Landes helfen. [...] Der Anteil des Militärischen an dem Ziel, das wir dort zu erreichen suchen, beträgt vielleicht 25 Prozent. Die anderen Anteile sind zivile Anteile. Bloß, für die ist in den vergangenen Jahren nicht genug Personal zur Verfügung gestellt worden, und niemand hat sich wirklich verantwortlich gezeigt.“ Die ZEIT fragt nach: *„Wäre es dann nicht sinnvoll, die Bundeswehr grundlegend umzubauen, hin zu einer Gendarmerie-Armee, die beides kann: zivilen Aufbau und Kampfeinsatz?“* Ramms: *„Mit Blick auf den Bedarf in Afghanistan ist diese Frage mit einem klaren JA zu beantworten.“*

General Egon Ramms (bis September 2010 ranghöchster deutscher Militär bei der NATO); Die ZEIT, 4. März 2010

Ausbildung das Vertrauen der Bevölkerung, mit der die Effektivität des Polizeiaufbaus steht und fällt, nicht (wieder) erlangt werden kann.

Die Realität bestätigt diese Überlegungen: In keinem der umkämpften Räume ist die Lage 2011 soweit stabil, dass eine Truppenreduktion keine Vorteile für die Taliban mit sich bringen würde. Kein Provinzkommando der afghanischen Armee ist qualitativ in der Lage, selbstständig Aufgaben von ISAF zu übernehmen. Die Armee und Polizei eines Staates brauchen „Herz und Seele“ sowie den Willen, im Extremfall auch für ihr Land zu sterben. Ob dies der Fall ist, darf wegen des fragmentarischen Charakters Afghanistans stark bezweifelt werden. Insgesamt ist daher zu erwarten, dass der angekündigte Abzug die Lage zusätzlich verschärfen wird.

Ernüchternde Bilanz

Kategorien im Sinne der Soll-Vorgaben des Bonner Abkommens von 2001 und der UN-Mandatierung	Starker Staat im Vergleich	Ist-Zustand in Afghanistan nach 10 Jahren IKKM
Staatliches Gewaltmonopol und Institutionen	gegeben	Schwach; Relativiert durch Milizenführer bzw. Taliban; Gewaltoligopol
Legitimität des Staates und Loyalität der Bürger zu ihm	hoch	Niedrig
Demokratiequalität	hoch	Niedrig; Mehrere Wahlen stärkten jedoch das Demokratiebewusstsein der Bevölkerung
Sicherheitslage	gut	2011 schlechter als nach Interventionsbeginn 2001
Staatliche Kontrolle des Territoriums	gegeben	Fehlt mehr oder weniger (siehe Grafik auf S. 10/11)
Verfügung über physische Gewaltmittel	Beim Staat konzentriert	Oft bei Milizenführer als Gewaltakteure; begrenzte Kapazitäten bei Armee und Polizei
Korruption/Kriminalität	niedrig	Extrem ausgeprägt
Rechtsordnung	zuverlässig	Unzuverlässig; Parallelstrukturen; Presse- und Medienfreiheit verbessert
Wirtschaft	funktioniert	Bürgerkriegsökonomie; Drogenhandel floriert; legale Wirtschaft in Teilbereichen verbessert
Demographische Umwälzungen	Gering und kontrolliert	Groß und unkontrolliert; enorme Flüchtlingsströme in der Region betreffen auch Österreich

Die Zahl an Hindernissen für die Verbesserung der Lage in Afghanistan scheint unendlich zu sein, wofür auch die internationalen Akteure mitverantwortlich sind. Viele geben 2011 dem Light Footprint-Ansatz die Schuld an der kritischen Situation wie auch der Tatsache, dass ab 2003 massive US-Ressourcen im Irak gebunden waren. Entsprechend wuchs mit den Jahren der Druck auf die Verantwortlichen, mehr Truppen bereitzustellen. Jeder

General, der von seinem Vorgänger die ISAF-Führung übernahm, sprach von einer schwierigen Situation, die er geerbt habe, und von einem „entscheidenden Jahr“, das nun auf Afghanistan zukomme. Kritische Stimmen gegen ständige weitere Aufstockungen wurden kaum gehört.

Die Bevölkerung hat sich in den zehn Jahren der Intervention

weiterentwickelt. Ausbildung, soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung sind Gesprächsthemen. Die Zivilgesellschaft ist stärker geworden, wobei Internet und Mobiltelefonie eine wesentliche Rolle spielen. Selbst wenn die Taliban zurückkehren würden, dürfte es schwierig für sie werden, neu gewonnene Freiheiten der Bevölkerung einzuschränken.

Die Afghanische Armee und Polizei sind weiterhin im Aufbau, aber in einem sehr unbefriedigenden Zustand. Strittig ist, ob sich die Sicherheitslage verbessert hat: Während die ISAF im September 2011 den negativen Trend der Vorjahre gebrochen sieht, konstatierte die UNO eine dramatische Verschlechterung der Lage. Demnach nahm die Zahl sicherheitsrelevanter Vorfälle zwischen Jänner und August 2011 um 39 Prozent gegenüber 2010 zu. Dies vertieft die Zweifel, ob Afghanistan bis Ende 2014 stabil und widerstandsfähig genug für einen Abzug der NATO-Kampftruppen sein wird.

Mitverantwortlich für die Misserfolge in Afghanistan ist unter anderem auch die Isolation ausländischer Diplomaten von der lokalen Bevölkerung und Kultur. Mit den zunehmenden Anschlägen wurden die Botschaften immer mehr zu Festungen, die einige gar nicht mehr verlassen, andere nur mit im Voraus bestellten Sicherheitsteams. Die kurzen Rotationen von Soldaten wie Diplomaten machen es unmöglich, Kontakte zu knüpfen, die Sprache zu lernen oder Wissen über die Region aufzubauen.

Trotz verpasster Chancen gibt es aber weiterhin Möglichkeiten, Stabilität auf lokaler Ebene voranzutreiben. Notwendig wäre ein Überdenken kurzfristiger Kompromisse, damit sie langfristigen Zielen nicht zuwiderlaufen. Eine Aufgabentrennung von Polizei und Militär sollte Teil dieser Überlegungen sein. Die Versuchung für internationale Akteure ist groß, die Erreichung kurzfristiger Sicherheit vor die Reform von Institutionen zu stellen. Eine Weiterführung des internationalen Engagements in Afghanistan wird jedenfalls viel Geld und auch Menschenleben kosten und einen langen Atem erfordern.

Die Führung und Wirkung langfristig orientierter bzw. umfassender Militäreinsätze ist durch den Afghanistan-Einsatz jedenfalls in Frage zu stellen: Staaten werden sich militärisch kaum mehr an ein vergleichbares Experiment mit unsicherem Ausgang wagen. Die laufende EU-Schuldenkrise vermindert die ohnedies ausgezehrten Budgets von Streitkräften weiter. Mit bisher über 2.500 gefallenen Soldaten geht ISAF jedenfalls als verlustreichster Einsatz in die NATO-Geschichte ein. Die Kosten gehen in die Milliarden, die Ergebnisse wirken ernüchternd.

Ausblick

Der angekündigte Truppenabzug von ISAF hat hohe Dynamiken bei den involvierten Akteuren ausgelöst. Als Staat mit dem größten Kontingent agieren die USA dabei als treibende Kraft. Es ist daher wenig überraschend, dass die Mehrheit der in Afghanistan engagierten

“America, it is time to focus on nation building here at home.”
 US-Präsident Barack Obama präsentiert seinen Abzugsplan für Afghanistan; 22. Juni 2011

ISAF-TRUPPENABZUG (Gesamtstärke im Nov. 2011: ca. 130.000)				
Nation	Stützpunkt (Provinz)	Truppen Ende 2011	Veränderungen	
			2011	2012
USA	Verschiedene	90.000	-10.000	-23.000
Großbritannien	Helmand	9.500	-400	-500
Deutschland	Balkh, Kunduz	5.000		
Frankreich	Kapisa	4.000		-1.000
Italien	Herat	3.950		
Polen	Ghazni	2.500		
Spanien	Qala-i-Naw	1.500		
Dänemark	Helmand	750		
Tschechien	Logar	620	-100	-100
Belgien	Verschiedene	585		-300
Kanada	Kandahar	500	-2.400	Training
Norwegen	Mazar-i Sharif	400	-100	
Niederlande	Uruzgan	200	Fokus auf Training	
TRUPPENAUFSTOCKUNG				
Türkei	Kabul	1 850	+150	
Georgien	Helmand	926	+700	
Schweden	Mazar-i Sharif	500		+355
VORERST GLEICHBLEIBENDE TRUPPENSTÄRKEN				
Rumänien	Zabul	1.900	+100	-106
Australien	Uruzgan	1 550		
Bulgarien	Kabul	602		

Quelle in Anlehnung an:
www.longwarjournal.org/archives/2011/07/isaf_follows_us_lead.php
 sowie www.isaf.nato.int (Stand: November 2011)

Staaten den USA folgen und entweder schon Truppenkontingente verkleinert oder zumindest Reduktionen geplant haben. Dabei ist zu erkennen, dass sich quantitative Angaben über abzuziehende Kontingente der Truppensteller teilweise widersprechen, was auf die Brisanz dieser Entscheidungen hindeutet. So hatte Kanada bereits 2010 einen Vollabzug mit Ende 2011 angekündigt, wird aber auf Druck der USA doch hunderte Soldaten zur Ausbildung von Sicherheitskräften bis 2014 bereitstellen.

Von den rund 90.000 US-Soldaten, die Ende 2011 in Afghanistan stationiert waren, werden bis Sommer 2012 rund 23.000 abgezogen. Bis 2014 sollen die restlichen Truppen folgen – falls die afghanischen Sicherheitskräfte dann in der Lage sind, Sicherheitsagenden eigenverantwortlich zu übernehmen. Sieben Regionen befinden sich seit Juli 2011 im Übergabestadium an die afghanische Regierung. In einer zweiten Tranche sollen 17 der 34 afghanischen Provinzen ganz oder teilweise folgen, darunter sind sechs im Einsatzgebiet der deutschen Bundeswehr. Mit dem beabsichtigten Truppenrückzug entsprechen Truppensteller auch der Stimmung in der jeweiligen Bevölkerung. Laut einer Umfrage vom Juni 2011 sind 56% der US-Amerikaner für einen schnellstmöglichen Abzug der US-Truppen, deren Einsatz 2010 ca. 120 Mrd. Dollar gekostet hat. Dies nicht zuletzt deshalb, da mit dem Tod von Osama bin Laden am 2. Mai 2011 ein Ziel des Einsatzes erfüllt ist, wie vielfach argumentiert wurde.

Länger als die Kampftruppen werden militärische Trainingseinheiten zum Aufbau der lokalen Sicherheitskräfte in Afghanistan verbleiben. Solche Kapazitäten werden von vielen Staaten zur Verfügung gestellt, so z. B. durch die USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die Niederlande. Es scheint, als ob der Eindruck

vermieden werden soll, Afghanistan „überstürzt“ zu verlassen. So werden die NATO sowie Politiker der Truppen stellenden Staaten nicht müde, ihre Bereitschaft zu einem Einsatz für ein sicheres und stabiles Afghanistan über 2014 hinaus zu betonen. Dass der Übergabeprozess noch einmal gestoppt oder auch nur verlangsamt wird, ist trotz der andauernden Gewalt unwahrscheinlich. Die konkrete Ausgestaltung der internationalen Vorgehensweise nach dem Abzug der Truppen fehlt jedoch bisher. Ein strategisches Abkommen über den Verbleib von US-Truppen auch nach 2014 ist zumindest in Verhandlung. Somit wird das Kapitel Afghanistan für das IKKM noch lange nicht abgeschlossen sein.

Szenarien

Unterschiedliche Abzugsoptionen stehen in Wechselwirkung mit den zukünftigen politischen Entwicklungen in Afghanistan. Ein Abzug hängt somit auch von den Ambitionen und dem Kooperationswillen von Milizenführern ab. Auch die Absichten Pakistans und seine angespannten Beziehungen zu den USA und v. a. Indien sind bei den folgenden politischen Szenarien zu berücksichtigen.

1. Zusammenschluss von Kräften der ehemaligen Nordallianz:

Ein Arrangement aller relevanten politischen Kräfte im Land erscheint unwahrscheinlich. Vielmehr ist kurz- bis mittelfristig zu erwarten, dass sich die Fronten gegen die paschtunische Dominanz in Afghanistan und damit insbesondere gegen Präsident Karzai verhärten werden. Das bedeutet, dass vor allem die Ethnien der Usbeken, Tadschiken und Hazara näher zusammenrücken und damit die Nordallianz wieder aufleben lassen könnten. Ein erstes Anzeichen dafür kann in der Bildung der „National Front of Afghanistan“ im November 2011 gesehen werden, welche Vertreter der o. a. Ethnien und einflussreiche Stammesführer mit dem Ziel vereint, eine Dezentralisierung des Landes zu erreichen.

2. Allianzpolitik im Kampf gegen die Taliban:

Ein mit dem ersten Szenario vergleichbarer Zusammenschluss von Gruppierungen könnte auch erfolgen, wenn unversöhnliche Taliban und deren Ableger auf eine Rückeroberung Kabuls setzen.

3. US-gestütztes Regime:

Die Strategie der USA könnte vorerst darauf abzielen, ein US-freundliches Regime in Kabul zu erhalten, was mit Karzai jedoch zunehmend schwieriger wird. Bedingung dafür ist eine zumindest symbolische internationale Militärpräsenz neben US-Streitkräften. Diese könnte aber im Zuge des weiteren Aufbaus der lokalen Sicherheitsarchitektur gegenüber einem überwiegend zivilen internationalen Engagement nach 2014 in den Hintergrund treten. Dabei könnte die EU mit ihrem zivilen Instrumentarium eine hilfreiche Rolle spielen.

4. Failed State-Szenario:

Der Zerfall Afghanistans in mehrere Einflussbereiche ohne staatliches Gewaltmonopol bzw. die Spaltung in eine Nord- und eine Südregion erscheint als Weiterführung von Szenario eins bzw. zwei zumindest denkbar.

5. Verhandlungslösung:

Die afghanische Regierung verhandelt mit den Taliban über ein Friedensabkommen auf der Basis, dass die internationalen Truppen das Land verlassen. Im Gegenzug darf aus Afghanistan kein Rückzugsgebiet für Terroristen

mehr werden. Geheimdiplomatie und offizielle Afghanistan-Konferenzen werden auf unbestimmte Zeit fortgesetzt.

Im Lichte dieser möglichen politischen Entwicklungen können folgende Abzugsoptionen in Betracht gezogen werden:

- **Komplettabzug:** ISAF und OEF ziehen sich vollständig aus Afghanistan zurück. Bei der zu erwartenden Überforderung der afghanischen Sicherheitskräfte wäre eine „Irakisierung“ in Form eines (latenten) Bürgerkrieges, den das Land bereits während der sowjetischen Okkupation erlebt hatte, möglich. Die Folge eines Komplettabzuges könnte ein Failed State-Szenario (siehe Szenario vier) oder die Voraussetzung für eine Verhandlungslösung der Regierung in Kabul mit den Taliban (Szenario fünf) bilden.
- **Teilabzug:** Die ISAF-Truppen bleiben länger als geplant in Afghanistan, um eine „Irakisierung“ zu verhindern und zu versuchen, insbesondere den Aufbau des Sicherheitssektors weiter zu unterstützen. Die Dauer und der Erfolg einer Stabilisierung Afghanistans wären hierbei ungewiss. Ein Teilabzug würde synchron zu Szenario eins oder zwei ablaufen.
- **Substanzielle US-Präsenz:** ISAF zieht aus Afghanistan ab, die USA bleiben jedoch mit gut ausgebauten, permanenten Basen (Bagram, Kandahar, etc.) im Land präsent. Der Anti-Terror-Kampf wird mit Drohnen, Spezialeinsatzkräften, Kampfflugzeugen und -hubschraubern weitergeführt, während die afghanische Regierung versucht, mit ihren eigenen Sicherheitskräften für Sicherheit zu sorgen. Ein Konflikt von niedriger Intensität könnte die Folge sein. Diese Option entspricht dem Szenario drei.

Das dritte Szenario mit der Option einer substanziellen Präsenz der USA erscheint nicht zuletzt aufgrund ihrer globalpolitischen Zielsetzungen am wahrscheinlichsten. Möglich ist auch, dass die USA die Mehrzahl an Truppen früher als angekündigt abziehen, was dem Betrieb ihrer Stützpunkte nicht zuwiderlaufen würde. Ein weitgehender Truppenabzug würde jedenfalls nicht nur interne, sondern auch überregionale Sicherheitsimplikationen (z. B. Flüchtlingsproblematik) mit sich bringen. Für die meisten Afghanen wäre das schlimmste Szenario, wenn die internationalen Akteure das Land den Taliban überlassen würden. Für sie käme das einem Zurück in eine blutige und repressive Vergangenheit gleich.

Ob die zukünftige Sicherheit europäischer Staaten von einem weiteren Engagement in Afghanistan abhängt, wie zu Beginn der Intervention oft argumentiert, bleibt zweifelhaft. Die vor zunehmenden Problemen stehende Atommacht Pakistan erscheint auch für die EU von deutlich höherer Relevanz. Insgesamt ist in bzw. für Afghanistan weiterhin die Fortsetzung einer Interessenpolitik globaler Akteure zu erwarten, bei der eine Friedensdividende für die lokale Bevölkerung sekundär erscheint.

„Deutschland und seine Verbündeten werden an dem Weg der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Stellen festhalten und den mühsamen Prozess der inneren Aussöhnung in Afghanistan weiter unterstützen.“

(Guido Westerwelle, deutscher Außenminister, 22. Juni 2011)



Ökonomie: Der unterbewertete Faktor im Krisenmanagement

Dieser IFK-Monitor konzentriert sich auf die ökonomische Dimension von Einsätzen. Im Operationsgebiet greifen diese oft massiv in sozio-ökonomische Strukturen ein und erzeugen unbeabsichtigte Auswirkungen. Trotzdem sind ökonomische Aspekte bisher unzureichend beleuchtet und in der militärischen Einsatzplanung unterbewertet. Wesentliche Faktoren für eine adäquate und effiziente Vorgangsweise von Missionen zur Unterstützung des wirtschaftlichen Umfeldes werden dargelegt.



Study Group Information – International Crisis Management: Squaring the Circle

In internationalen Einsätzen der letzten Jahre waren Sicherheitsorganisationen immer wieder mit der Herausforderung konfrontiert, in komplexen und politisch sensiblen Operationen mit nicht-militärischen Partnern zusammenzuarbeiten und dabei Aufgaben zu bewältigen, die außerhalb des klassischen Spektrums militärischer und polizeilicher Einsätze liegen. Der vorliegende Band präsentiert unterschiedliche Erfahrungen und Lösungsansätze in diesem Kontext.



Der Kosovo – Dialog oder weitere Konfliktverschärfung?

Der Ende Juli 2011 unternommene Versuch der kosovarischen Regierung, Zollbeamte in den serbisch dominierten Nord-Kosovo zu verlegen, hat zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage in diesem Gebiet geführt. Die KFOR ist durch serbische Straßenblockaden hinsichtlich ihres Auftrags die Bewegungsfreiheit sicherzustellen, herausgefordert. Der fragile politische Dialog zwischen Belgrad und Priština ist ins Wanken geraten.



GCSP Policy Paper n°13

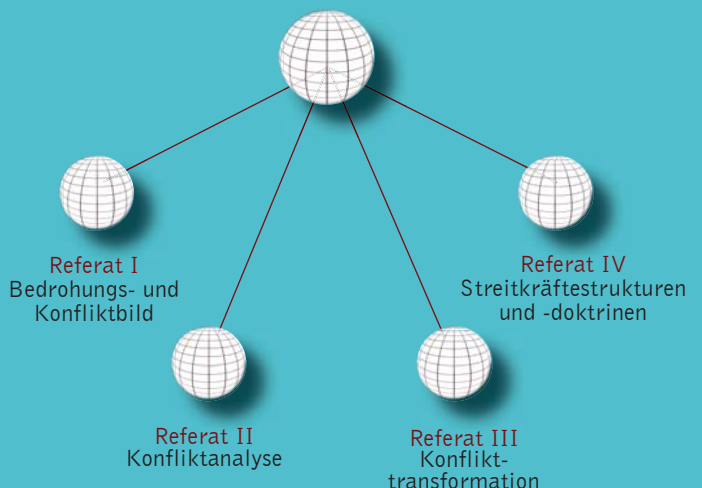
Die Umbrüche in der arabischen Welt finden in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU statt. Es steht außer Zweifel, dass die vermutlich jahrzehntelange Transformation dieser Staaten erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, Energieversorgung und Sicherheit europäischer Staaten haben wird. Die EU steht daher vor der Notwendigkeit, einen „Master-Plan“ für die einzelnen Staaten und die gesamte Region zu entwickeln. Strategisches Umdenken in Richtung Partnerschaft ist dabei ebenso gefordert wie innerer Zusammenhalt.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
 - Forschung und Lehre
 - Öffentlichkeitsarbeit
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
 - Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
 - Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
 - Streitkräftestrukturen und -doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



Geplante Publikationen 2012 (Auswahl):

- ⇒ IFK-Monitor: Sudan
- ⇒ Böhlau Reihe: Wege und Irrwege des Krisenmanagements
- ⇒ Study Group Information:
„From Bosnia and Herzegovina to Northern Kosovo – Coping with the Remaining Impasses in the Western Balkans“

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 (0) 50201 10 28701
fax | +43 (0) 50201 10 17262
e-mail | lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Mag. Markus Gauster

Designkonzept und Layout:
LVAK / Referat III - Medien

Herstellung:
BMLVS / Heeresdruckzentrum Arsenal, 1030 Wien; 11-9221
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Autor:



Mag. Markus Gauster

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im IFK. Studium der Rechtswissenschaften in Graz und Wien sowie Lehrgang für Fernsehjournalismus in Krems; Offizier des Reservestandes. Forschungsfelder: Konflikttransformation in Afghanistan, zivil-militärische Interaktion und innovative Konzepte im internationalen Konflikt- und Krisenmanagement. Aufenthalte in Afghanistan unter anderem als Langzeit-Wahlbeobachter für die EU.

Diese Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Christian Wurzer.

